

WIRTSCHAFTSCHRONIK

IV. QUARTAL 1998

Unter österreichischer Ratspräsidentschaft werden die offiziellen Beitrittsverhandlungen der EU mit Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern aufgenommen. Die Schweiz schließt die bilateralen Verhandlungen über den Landverkehr mit der EU ab. Die letzten vorbereitenden Maßnahmen zur Einführung der gemeinsamen europäischen Währung „Euro“ werden gesetzt. Bis Jahresende senken alle Teilnehmerländer ihre Schlüsselzinssätze auf 3%. Die neue Währung findet zu Jahresbeginn 1999 eine positive Aufnahme auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten.

1. Oktober: Die Nationalbank der Slowakei hebt die seit 1993 bestehende Bindung der Krone an einen Dollar-DM-Korb auf.

AUSLAND

11. Oktober: Die deutschen Koalitionspartner einigen sich auf eine Steuerreform. Demnach sollen Einstiegs- und Spitzensteuersatz auf private Einkommen in den nächsten vier Jahren in drei Etappen von 25,9% auf 19,9% bzw. von 53% auf 48,5% gesenkt werden. Weitere Punkte sind eine schrittweise Erhöhung des Kindergeldes von 220 DM auf 260 DM, die Senkung des Höchststeuersatzes auf gewerbliche Einkommen von derzeit 47% auf 43% im Jahr 2000 und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von derzeit 45% auf 40% im Jahr 1999. Noch nicht im Gesetzespaket enthalten ist die angestrebte grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, nach der ab dem Jahr 2000 alle Unternehmenseinkünfte einem Höchststeuersatz von 35% unterliegen sollen. Die Finanzierung der Steuersenkungen erfolgt durch eine Ausweitung der Steuerbemessungsgrundlagen. Die Nettoentlastung der Steuerpflichtigen soll im Jahr 2002 15 Mrd. DM erreichen. Zudem ist eine ökologische Abgabenreform vorgesehen, die ab 1. April 1999 die Mineralöl- und die Stromsteuer erhöhen wird. Das Aufkommen aus dieser Steuererhöhung wird zu einer Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,8 Prozentpunkte verwendet.

13. Oktober: Der EZB-Rat der Europäischen Zentralbank einigt sich auf folgende Definition der Geldwertstabilität: „Preisstabilität wird definiert durch eine Jahresrate der Steigerung des Harmonised Index of Consumer Price (HICP) für das Euro-Land von weniger als 2%.“ Die EZB versteht dieses Ziel als mittelfristig

Abgeschlossen am 8. Jänner 1999.

und wird auf regionale und nationale Einzelentwicklungen nicht reagieren.

Um der Bankenkrise in Japan massiver gegensteuern zu können, beschließt das japanische Unterhaus, die staatliche Kapitalzufuhr für die unterkapitalisierten Banken von 30 Bill. Yen auf 60 Bill. Yen zu erhöhen.

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wird dem Inder Amartya Sen für seine Beiträge zur Wohlfahrtsökonomie zuerkannt. Die umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten des Nobelpreisträgers, der am Trinity College in Cambridge (England) lehrt, befassen sich mit der Theorie gesellschaftlicher Entscheidungen, mit Definitionen von Wohlfahrt und Armutskindikatoren bis zu empirischen Untersuchungen über Hungersnöte. Sen setzt sich stets kritisch mit den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften auseinander und strebt eine Verbindung der Ökonomie mit der politischen bzw. der Moralphilosophie an.

15. Oktober: Die Notenbank der USA senkt den Taggeldsatz von 5¼% auf 5% sowie den Diskontsatz von 5% auf 4¾%.

22. Oktober: Das Europäische Parlament verabschiedet den Budgetvoranschlag 1999. Der EU werden demnach Mittel von 85,82 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

24.–25. Oktober: Anlässlich des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs in Pörschach werden nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Koordination der Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene gefordert. Höchste Priorität erhält die Beschäftigungspolitik.

30. Oktober: Die G 7 sprechen sich anlässlich ihres Treffens in Washington für Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise und zur Stärkung des Finanzsystems aus. Dem IMF sollen zur Eindämmung von Finanzkrisen „New Arrangements to Borrow“ (NAB) zur Verfügung stehen. 25 Geberländer dotieren diese Ressourcen mit 90 Mrd. \$. Die Mittel sollen Ländern zugute kommen, die trotz IMF-konformer Wirtschaftspolitik von Kapitalflucht bzw. Spekulation gegen ihre Währung bedroht sind. Als erstes Land soll Brasilien davon Gebrauch machen können.

10. November: Auf Ministerebene beginnen die Beitrittsverhandlungen der EU mit Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern. Der „Acquis communautaire“ umfaßt sieben Kapitel: Forschung, Bildungswesen, Telekommunikation, kleine und mittlere Unternehmen, Industriepolitik, Kultur und audiovisuelle Politik, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Für Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und Estland werden die Kapitel „Forschung“, „Bildungswesen“ und „Kleine und mittlere Unternehmen“ als abgeschlossen erklärt, für Zypern werden fünf Kapitel abgeschlossen.

10. November: Die EU schließt ein Abkommen mit Rußland: Rußland wird Nahrungsmittel im Wert von

400 Mill. ECU kaufen und von der EU humanitäre Hilfe im Umfang von 10 bis 12 Mill. ECU erhalten.

2.–14. November: Die 4. UNO-Klimakonferenz in Buenos Aires legt Regeln für die Kontrolle der Einhaltung des Kyoto-Protokolls sowie für den Transfer von „grünen Technologien“ in die Entwicklungsländer fest. Entscheidungen über die Rahmenbedingungen für die Kyoto-Mechanismen wie den Emissionshandel, Joint Implementation, Clean Development Mechanism sollen anlässlich der übernächsten Konferenz im Jahr 2000 fallen.

19. November: In Sydney findet die Jahreskonferenz der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) statt. Unter dem Eindruck der anhaltenden Asienkrise begrüßen die Mitgliedsländer das gemeinsame Hilfspaket der USA und Japans zur Umstrukturierung der Banken und Großunternehmen im Ausmaß von 10 Mrd. \$. Zusätzlich wird Japan den asiatischen Ländern 30 Mrd. \$ zur Finanzierung ihres Außenhandels zur Verfügung stellen. Die Absicht der APEC, bis zum Jahr 2020 die Handels- und Investitionsbarrieren vollständig abzubauen, wird bekräftigt.

24.–26. November: Die OPEC hält ihre Jahrestagung in Wien ab. Obwohl der Erdölpreis zur Zeit die niedrigste Marke seit 12 Jahren erreicht hat, können sich die Teilnehmer auf keine Fördermengenbeschränkung einigen.

1. Dezember: Zwischen der EU und der Schweiz werden bilaterale Verhandlungen über den Landverkehr abgeschlossen. Der 1992 ausgehandelte Transitvertrag, der auf einem Gewichtslimit des Schwerverkehrs von 28 t sowie auf dem Sonntags- und Nachtfahrverbot basierte, wird teilweise durch eine neue Vereinbarung ersetzt. Diese sieht eine stufenweise Erhöhung des Gewichtslimits bis 2005 auf 40 t vor, Sonntags- und Nachtfahrverbot gelten weiterhin. Nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Landverkehr, über technische Handelshemmnisse, Integration in gemeinsame Forschungsprogramme und das öffentliche Beschaffungswesen sind die Dossiers Luftverkehr, Freizügigkeit und Landwirtschaft offen.

2. Dezember: Mit Ausnahme von Italien senken alle designierten Teilnehmer der Währungsunion die Geldmarktzinsen einheitlich auf 3%. Italien reduziert seinen Geldmarktzinssatz von 4% auf 3½%.

3. Dezember: Die Verhandlungen zum Multinationalen Investitionsabkommen (MAI) im Rahmen der OECD werden wegen des Widerstands einiger Länder abgebrochen. Sie sollen an die WTO übertragen werden.

12.–13. Dezember: Der Europäische Rat tagt unter österreichischem Vorsitz in Wien. Die „Wiener Strategie für Europa“ umfaßt: Förderung der Beschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der Stabilität, Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität, Reformen der Politiken und Institutionen der EU, Förderung von Stabilität und Wohlstand in Europa und weltweit.

Die deutsche Präsidentschaft soll im 1. Halbjahr 1999 einen Beschäftigungspakt für Europa ausarbeiten.

22. Dezember: Der EZB-Rat fixiert den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte mit 3%. Am 21. Jänner 1999 werden der Zinssatz für kurzfristige Geldbeschaffung (marginal lending facility) auf 4,5% und der Zinssatz für die Anlage überschüssiger Liquidität (deposit facility) auf 2% festgesetzt. Um die Fluktuation des Euro-Geldmarktsatzes in der Einführungsphase des Euro zu verringern, werden die Sätze für die Periode 4. Jänner bis 21. Jänner 1999 auf $3\frac{1}{4}\%$ bzw. $2\frac{3}{4}\%$ festgelegt.

23. Dezember: Italiens Notenbank senkt den Geldmarktzinssatz von $3\frac{1}{2}\%$ auf 3%. Damit gilt für alle Teilnehmerländer der Währungsunion ein einheitlicher kurzfristiger Zinssatz.

31. Dezember: Anlässlich der Tagung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister der EU wird der von der Kommission vorgeschlagene endgültige Euro-Kurs für die teilnehmenden Währungen veröffentlicht (Übersicht 1).

1. Jänner 1999: Für Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland gilt der Euro als einheitliches Zahlungsmittel, er kann im bargeldlosen Zahlungsverkehr verwendet werden.

Deutschland übernimmt nach Österreich den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft.

ÖSTERREICH

Die Steuerreformkommission legt ihre Vorschläge für die „Steuerreform 2000“ vor. Der Bericht bildet die Grundlage zur politischen Entscheidungsfindung für eine künftige Steuerreform. Mit Jahresbeginn tritt die erste Etappe des Familienpakets in Kraft. Familien werden jährlich pro Kind zusätzlich 3.000 S zur Verfügung stehen. In der zweiten Etappe ab 2000 wird dieser Betrag verdoppelt. Der Konkurs einer kleinen Privatbank verunsichert die Anleger.

6. Oktober: Der Anwalt Edward Fagan klagt im Namen mehrerer Personen die Bank Austria und die Creditanstalt auf Herausgabe von Einlagen, die die Vorgängerinstitute zwischen 1933 und 1945 zurückbehalten und an Dritte weitergegeben hätten.

20. Oktober: Die Telecom Italia/STET International erwirbt 25% (plus eine Aktie) der Telekom Austria AG zum Preis von 27,226 Mrd. S. Mit einem Jahresumsatz von 156 Mrd. S und weltweit 125.000 Beschäftigten gehört

Übersicht 1: Konversionskurse der teilnehmenden Länder zum Euro

		Landeswährung je Euro
Belgien	BEF	40,3399
Deutschland	DEM	1,95583
Spanien	ESP	166,386
Frankreich	FRF	6,55957
Irland	IEP	0,787564
Italien	ITL	1.936,27
Luxemburg	LUF	40,3399
Niederlande	NLG	2,20371
Österreich	ATS	13,7603
Portugal	PTE	200,482
Finnland	FIM	5,94573

die Telecom Italia zu den weltweit größten Festnetzbetreibern.

27. Oktober: Die Rieger Bank AG stellt den Konkursantrag. Die Passiva werden auf 1 Mrd. S geschätzt.

1. November: Die Arbeiter und Angestellten der Metallbranche erhalten eine Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9% und der Kollektivvertragslöhne um 3,7%. Einmalig werden als Konjunkturprämie 2.500 S ausbezahlt. Eine Optionsklausel stellt den Betrieben frei, den Ist-Lohnanstieg mit 2,7% zu begrenzen und zusätzlich 0,5% der Lohnsumme über Betriebsvereinbarungen zu verteilen. Eine weitgehende Angleichung der Rechte der Arbeiter an jene der Angestellten wird vereinbart.

26. November: Der Bericht „Steuerreform 2000“ der Steuerreformkommission wird an Finanzminister Edlinger übergeben. Die Kommission erarbeitete Reformvorschläge zu den Bereichen

- Entlastung des Faktors Arbeit,
- Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Finanzanlagen (Aktien und Anleihen),
- Energie- und Verkehrsbesteuerung,
- Standortfragen, Internationalisierung, Gewinnermittlung,
- steuerliche Förderung der Pensionsvorsorge,
- Anpassungen des Einkommen- bzw. Lohnsteuertarifs,
- Reform des Gebührenrechts und der Verwaltungsabgaben,
- Vereinfachungen im Steuersystem.

Der Bericht versteht sich als Orientierungs- und Entscheidungshilfe.

1. Jänner 1999: Die erste Etappe des Familienpakets tritt in Kraft: Der Kinderabsetzbetrag und die Familienbeihilfe werden jeweils um 125 S pro Kind und Monat erhöht, der Mehrkindzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind beträgt 200 S. Familien mit einem Monatseinkommen von weniger als 42.000 S erhalten vierzehnmals jährlich einen Mehrkindzuschlag von 200 S. Der Alleinverdiener- und der Alleinerzieherabsetzbetrag werden künftig bis 5.000 S auch als Negativsteuer in

voller Höhe ausgezahlt (bisher höchstens 2.000 S). Die erhöhte Familienbeihilfe für Behinderte beträgt 1.775 S (derzeit 1.650 S).

Die Gehälter, Zulagen und Nebengebühren der Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes steigen um 2,5%, die Pensionen um 1,5%.

Die Mindestgehälter der Handelsangestellten werden um 2,2% angehoben.

Die Angestellten der Chemieindustrie erhalten eine Ist-Lohnerhöhung um 2,5% sowie eine Anhebung der Mindestgehälter um 3,2%. Im Rahmen einer Verteilungsoption können die Kollektivvertragserhöhung mit 2,3% fi-

xiert und zusätzlich 0,5% der Lohnsumme verteilt werden.

Die papier- und pappeverarbeitende Industrie sowie die Branche Steine und Keramik heben die Ist-Löhne um 1,8% und die Kollektivvertragslöhne um 2,6% an. In der Papierindustrie beträgt die Laufzeit der Vereinbarung 10 Monate; mit einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 2001 wird die 36-Stunden-Woche eingeführt.

In der Glasindustrie werden die Ist-Löhne um 1,9% und die Kollektivvertragslöhne um 2,4% erhöht. Auch in dieser Branche gilt eine Verteilungsoption (Ist-Lohnerhöhung um 1,7% bzw. 2,2% und Verteilung von 0,5% der Lohnsumme).